

Sächsische Volkszeitung

Redaktion: Dresden-N., Poststraße 17, Fernruf 20711 u. 21012
Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Germania-Verlagsanstalt
Verlag: H. und G. Wintel, Poststraße 17, Fernruf 21012,
Postfach: Nr. 1005, Bank: Sparkasse Dresden Nr. 04707

Donnerstag, 1. August 1935

Im Falle von höherer Gewalt, Verbot, einleitender Verleumdungen hat der Bezugsnehmer oder Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung in beschränktem Umfang, verspätet oder nicht erscheint — Erfüllungsort Dresden. — — — — —

Völkerbundsmandat für Abessinien?

Ein Vorschlag zur Lösung der Krise

Prüfflein Genf

Nur wirtschaftliche Zugeständnisse für Italien ohne das geringste politische oder gebietsmäßige Privileg
London, 31. Juli.

Times weist in einem Leitartikel auf die britischen Interessen in Afrika und auch in Indien hin, die von Italiens Politik in Abessinien in Mitleidenschaft gezogen würden und sagt, es sei jetzt klar, daß Mussolini nach der politischen Kontrolle über ganz Abessinien oder doch den größten Teil des Landes strebe. Sein Anspruch und besonders die Methode, durch die er vorgebracht werde, sei eine Herausforderung des Kelloggpaktes und würde im Falle ihrer rücksichtslosen Durchführung auch andere italienische Verpflichtungen zerreißen.

In einer Meldung über die gestrige Unterredung zwischen Laval und Eden deutet der Pariser Korrespondent der Times an, daß daran gedacht werde, Abessinien aufzufordern, sich einem gemeinsamen Mandat von Völkerbundsmitgliedern

zu unterstellen. Das Mandat würde in der Ernennung eines Oberkommissars und dem Eintritt von Völkerbundsbeamten in die abessinische Verwaltung Ausdruck finden. Italien würde seinen vollen Anteil an örtlichen Konzessionen, aber keine ausschließliche Aufsicht über Abessinien erhalten. Die Gegenleistung an Abessinien würde in dem Schutz und dem finanziellen Beistand des Völkerbundes bestehen.

Der Pariser Korrespondent der Morning Post berichtet, der Gedanke eines Einschreitens des Völkerbundes in Abessinien mit der Begründung, daß Abessinien es unterlassen habe, alle Verpflichtungen eines Völkerbundsmitgliedes zu erfüllen, habe anscheinend neuerdings mehr Beachtung gefunden als früher. Eine solche Methode würde die Befriedigung der Ansprüche Italiens auf wirtschaftliche Ausdehnung ermöglichen und gleichzeitig Abessinien gegen eine einseitige Oberherrschafft schützen.

Nach dem wechselvollen und häufig von scharfen Tönen begleiteten diplomatischen Spiel der letzten Wochen tritt heute in Genf der Völkerbundsrat zusammen, um über die Möglichkeiten eines weiteren Schlichtungsverfahrens im italienisch-abessinischen Streitfall zu beraten. Bis zur letzten Minute vor Beginn der Sonderprüfung der Ratomitglieder haben zwischen den Vertretern Englands, Frankreichs und Italiens Besprechungen stattgefunden, um einen Weg ausfindig zu machen, der wenigstens scheinbar eine vorläufige „Sicherung des Friedens“ zeitigen und dadurch das schon seit längerer Zeit nicht mehr in hohem Maße lebende Ansehen der Genfer Institution notdürftig retten soll. Daß Italien hierbei dem Bestreben der Völkerbundsmitglieder, den Schein zu wahren und nach den schmerzlichen Erfahrungen im Fernost-Konflikt und im Chaco-Krieg ein dieses Mal zweifellos vernichtend wirkendes neues Mißerfolg zu verhindern nur insoweit entgegenkommen wird, als es sich mit den Plänen für sein afrikanisches Unternehmen vereinbaren läßt, steht fest. Man ist sich in Genf darüber klar, daß die auf der heute beginnenden Tagung zu treffenden Entscheidungen keinen vorbereitenden Charakter mehr haben, sondern daß es Entscheidungen über Krieg und Frieden sind, denn mit halben Maßnahmen ist die Kriegsgeschichte, die in Afrika droht, nicht mehr zu bannen, und ein nach oft bewährtem Muster erzieltes wägenartiges Kompromiß würde dieses Mal keinen Zweck, den Bestand des Bundes noch einmal zu retten und ihn vor dem völligen Auseinanderfallen zu bewahren, verheißen, da die vorausgehende weitere Zuspitzung des Konflikts und der vielleicht nach wenigen Wochen schon anbrechende offene Krieg das gerade Gegenteil der gewünschten Wirkung zur Folge haben würde.

Die Tatsache, daß die Genfer Tagung — wenn auch verspätet — überhaupt zustande gekommen ist, ist lediglich dem Umstand zu danken, daß Abessinien zunächst keine Forderung, den Konflikt nach dem Artikel 15 der Völkerbundscharta zu behandeln, der bekanntlich die Verfahrensvorschriften enthält, die dann angewendet werden sollen, wenn zwischen Ratomitgliedern Meinungsverschiedenheiten bestehen, die zum Kriege führen können, zurückgestellt hat und sich einverstanden erklärte, daß in Genf lediglich über die Weiterführung schiedsrichterlicher Verhandlungen beraten werden solle. Auf der Montagtagung hatte der Rat bekanntlich die Zusage eines Schlichtungsverfahrens beschlossen, mit der Maßgabe, daß, wenn der aus je zwei Vertretern beider Parteien gebildete Schlichtungsausschuß bis zum 25. Juli nicht zur Einigung komme, der Ausschuh unter dem Vorbehalt eines neutralen Obmannes einen Schlichtungsversuch zu unternehmen habe. Hierfür wurde eine Frist bis zum 25. August gesetzt. Dieser Beschluß der Montagtagung hatte weitgehend dem italienischen Standpunkt Rechnung getragen, daß kein Völkerbundsorgan, sondern der auf Grund des italienisch-abessinischen Vertrags von 1928 eingesetzte Schlichtungsausschuß, der in Schöveningen tagte, ergebnislos auseinander ging, daß über den fünften Schiedsrichter keine Einigung erzielt wurde, so daß automatisch die Voraussetzungen für ein erneutes Eingreifen Genfs gegeben waren. Auf der Basis dieser Schlichtungsversuche soll nun weiter verhandelt werden. Ob es in einem Stadium weit vorgeschrittener italienischer Kriegsvorbereitungen, denen Abessinien naturgemäß mit entsprechenden Gegenmaßnahmen begegnet, überhaupt noch einen Sinn hat, das Schlichtungsverfahren gemäß dem italienisch-abessinischen Abkommen von 1928 durchzuführen, ist eine Frage, die man schwerlich mit einem Ja beantworten kann.

Das Bestreben, die Erörterung des Streitfalles in Genf auf das Schlichtungsverfahren zu beschränken und so unter allen Umständen eine Anwendung der immer wieder als kriegsverhütend gepriesenen Mittel der Artikel 15 und 11 des Völkerbundes zu verhindern, ist merkwürdigerweise gerade von den Ländern am stärksten verfolgt worden, die den in der Genfer Institution zum Ausdruck gebrachten Kollektivgedanken sonst als das einzige und sicherste Instrument zur Erhaltung des Friedens und zur Wahrung des Rechtes zu preisen pflegen. Dem Völkerbund sind bei dem gegenwärtigen Kriegszustand anknüpfenden Stand des Streitfalles keine Schlichtung gemäß ganz bestimmte Aufgaben vorgeschrieben. Man denkt jedoch nicht daran, nach dieser klaren Sachlage zu handeln, sondern macht schon den Zusammentritt des Rates zum Gegenstand von Verhandlungen, die den Eindruck erwecken müßten, als ob unter gewissen Umständen das Funktionieren des Völkerbundes von anderen Momenten als von den Vorschriften seiner Satzung abhängig gemacht werde. Man wird schwerlich behaupten wollen, daß eine derartige Haltung dem oft genug erschütterten Ansehen des Bundes dienlich sei oder etwa den Wert des Kollektivgedankens in der internationalen Politik er-

Was sagt Abessinien dazu?

Der Matin läßt sich aus London melden, daß nach einer Depesche aus Addis Abeba dem Regus neue Vorschläge für eine friedliche Lösung des italienisch-abessinischen Konflikts unterbreitet worden seien. Der Vorschlag dieser Vorschläge wird nicht näher angegeben. Es wird angedeutet, Abessinien unter ein internationales, vom Völkerbund abhängiges Mandat zu stellen, auf Grund dessen Italien gewisse wirtschaftliche Zugeständnisse erhalten könnte, ohne das geringste politische oder gebietsmäßige Privileg zu erlangen. Als Gegenleistung für dieses Mandat soll Abessinien gegen jeden

Angriff von außen her Garantien erhalten. Ferner kann der Regus nach freiem Ermessen seine Berater und Verwaltungsbeamten unter sämtlichen Mitgliedsstaaten des Völkerbundes wählen. — Die Regierung in Addis Abeba habe, so heißt es in der Meldung weiter, den Eingang der Vorschläge bekräftigt, ohne im einzelnen darauf zu antworten, doch soll der Regus haben durchblicken lassen, daß er nicht grundsätzlich Einspruch gegen einen europäischen Einfluß in Abessinien erheben würde, vorausgesetzt, daß dieser rein wirtschaftlicher Art sei.

Er habe gleichzeitig erklärt, daß das abessinische Volk lieber in Wohlstand unter den Auspizien Europas leben, als arm in einer völligen Unabhängigkeit bleiben würde.

Laval und Eden auf dem Weg nach Genf

Paris, 31. Juli.
Ministerpräsident Laval ist in Begleitung des englischen Völkerbundsministers Eden am Dienstagabend nach Genf abgereist.

Die Unterredung zwischen Eden und Laval am Dienstagmorgen dauerte nur wenig länger als eine halbe Stunde. Laval erklärte Pressevertretern: Wir haben unter allen Gesichtspunkten die gesamten Probleme geprüft, die in Genf auf der Tagesordnung stehen. In Genf werden wir Gelegenheit haben, unsere Besprechungen fortzusetzen.

Weberinstimmend urteilt die Morgenpresse, daß der Meinungsaustausch, den Laval und Eden am Dienstag in Paris hatten, noch keine Einigung über die in Genf einzuführende Taktik gebracht habe, daß aber rein Stimmungsmäßig die Atmosphäre besser geworden sei und die Aussichten für eine Lösung nicht mehr allzu pessimistisch beurteilt zu werden brauchen.

Genf, 31. Juli.
Der sowjetrussische Außenminister Litwinow, der bei der am heutigen Mittwoch beginnenden Ratstagung wieder den Vorsitz führen wird, ist Dienstag nachmittag in Genf eingetroffen. Mitglieder der italienischen Abordnung haben bereits Dienstagabend mit den zuständigen Beamten des Völkerbundssekretariates Fühlung genommen. Im Laufe des Mittwochvormittags wurden die üblichen Vorbesprechungen, bei denen dieses Mal überhaupt der Schwerpunkt der ganzen Ratstagung liegt, aufgenommen. Die eigentliche Tagung wird Mittwoch um 17 Uhr beginnen, und zwar mit einer nichtöffentlichen Sitzung. Zu öffentlichen Verhandlungen dürfte es voraussichtlich erst dann kommen, wenn die Richtung, in der die Verhandlungen sich bewegen sollen, einigermaßen feststeht.

Keine Aufhebung der Mitgliedsperre

Der Reichsstaatsminister gibt bekannt:
Es besteht Veranlassung, auf meine verschiedenen Verfügungen betreffend die Sperre der Aufnahme in die Völkerbundscharta hinzuweisen und zu betonen, daß die Mitgliedsperre gemäß meiner Verfügung vom 19. April 1933 und den hierzu ergangenen ergänzenden Verfügungen vom 29. Juni 1933, 28. September 1933, 13. März 1934, 2. Oktober 1934 und 14. Mai 1935 nach wie vor zu Recht besteht.
Gesuche um Aufnahme oder Wiederaufnahme als Mitglied in die Völkerbundscharta sind deshalb zurückzuweisen.

Walls in der Folgezeit Lockerungen der Mitgliedsperre für einzelne Gangesgebiete verfügt werden, ergeht jeweils eine geladene Weisung der Reichsleitung an die betreffenden Gauleitungen.
München, den 29. Juli 1935.
G.L.: Schwarz.

Deutsche Protestversammlungen gegen Laguardia

Newyork, 31. Juli. Die vorwiegend deutschen Verbände hielten hier zwei von mehreren tausend Teilnehmern besuchte Protestversammlungen gegen Bürgermeister Laguardia (Newyork) ab, wobei alle bedeutendsten deutschen Vereine Newyorks mit einer Gesamtzahl von über 100 000 Mitgliedern vertreten waren.

Die neue niederländische Regierung

Den Haag, 31. Juli. Die neue Regierung Colijn entspricht in ihrer Zusammensetzung im wesentlichen dem bisherigen Kabinett. Die vollständige Ministerliste hat nachstehendes Aussehen:

- Präsidentium, Kolonien und Landesverteidigung: Dr. Colijn.
- Inneres: de Witte.
- Handel und Industrie: Professor Dr. Geelissen.
- Landwirtschaft und Fischerei: Dr. Deders.
- Justiz: van Schaik.
- Außenverhältnisse: de Graeff.
- Unterricht, Kunst und Wissenschaften: Professor Slotemaker de Bruine.
- Öffentliche Arbeiten: van Vliet de Jende.
- Finanzen: Dr. Out.
- Soziale Angelegenheiten: Dr. Clijnenberg.

Obwohl die neue Regierung eine außerparlamentarische sein soll, ist es doch bemerkenswert, daß sie sich wieder aus Persönlichkeiten der 5 großen bürgerlichen Parteien, Katholiken, Antirevolutionäre, Christlich-historische, Liberale und Demokraten zusammensetzt. Von den auf obiger Liste vorkommenden Persönlichkeiten gehören die beiden ersten der Antirevolutionären Partei, die drei folgenden der Katholischen Partei und die beiden letzten den Antirevolutionären Partei an. Der Außenminister gilt als parteilos, während der Unterrichtsminister Mitglied der Christlich-historischen Partei und der Minister für öffentliche Arbeiten Mitglied der Liberalen Partei ist. Man erwartet, daß sich die Regierung entweder noch Ende dieser Woche oder im Laufe der nächsten Woche der Zweiten Kammer vorstellen und die Verhandlung der Sparvorlage zu Ende führen lassen wird. Danach dürfte das Parlament in die Ferien gehen.